

**Geschäftsführung
Verkehrsausschuss**

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax : (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 31.03.2022

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 12. Sitzung des
Verkehrsausschusses vom 29.03.2022****öffentlich****B - Aktuelle Entwicklungen KVB-Leihrad**

Frau Haaks, Vorstandsvorsitzende der KVB AG, stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation den aktuellen Sachstand zu der Vandalismuswelle, zerstörte Schlösser, an der Leihrad-Flotte dar – ausgelöst durch einen Aufruf zu einer Challenge bei TikTok - (vgl. hierzu Anlage zur Niederschrift) und beantwortet im Anschluss Fragen aus den Reihen der Ausschussmitglieder.

Hierbei macht sie deutlich, dass die KVB mit Hochdruck an einem besseren Schutz der Räder arbeite, Details hierzu jedoch aus Sicherheitsgründen nicht bekannt geben möchte. Einen Zeitrahmen, wann mit dem uneingeschränkten Verleih wieder zu rechnen sei, könne sie aktuell nicht benennen. Man warte auf Ersatzteile und müsse die Räder zudem auf weitere Schäden überprüfen. Der Schaden an den 1.500 Rädern liege im hohen sechsstelligen Bereich. Selbstverständlich werde jeder Schaden der Versicherung gemeldet – wenngleich nicht mit einer Erstattung in Gänze gerechnet werde - und Strafverfolgungen eingeleitet. Hinweise auf die mutmaßlich jugendlichen Täter*innen erhoffe die KVB durch Kameraaufzeichnungen, Zeugenaussagen und Handyaufnahmen zu erhalten, man sei im engen Austausch mit der Polizei und der Staatsanwaltschaft. Dass die Einschränkung des bis dato erfolgreichen Leihradangebotes zunächst im rechtsrheinischen Köln erfolgt sei, habe rein logistische Gründe gehabt.

Vertreter*innen aller Fraktionen zeigen sich fassungslos und betroffen angesichts dieses drastischen Ausmaßes von mutwilliger Zerstörung. Einvernehmen besteht darüber, dass hier eine offensivere und schonungslose Berichterstattung in den Medien – auch den sozialen – hilfreich gewesen wäre; auch um dem Eindruck entgegen zu wirken, dass die rechtsrheinischen Gebiete benachteiligt werden.

Abschließend wird gebeten, die Angelegenheit auch dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe und Internationales sowie dem Jugendhil-

feausschuss zur Kenntnis zu geben. Frau Haaks sagt zu, in der kommenden Sitzung über den aktuellen Sachstand zu informieren, auch hinsichtlich der Kameraauswertungen.